



EVP Basel-Stadt lehnt Primateninitiative ab

Die Mitgliederversammlung der EVP Basel-Stadt spricht sich einstimmig gegen die Primateninitiative aus. Auch zu den weiteren Vorlagen vom 13. Februar hat sie die Parolen beschlossen.

Grossrätin Raffaella Hanauer (Grüne) regte an, im Bereich der Rechte für Primaten einen Anstoss zur Diskussion zu geben und darum der kantonalen Volksinitiative «**Grundrechte für Primaten**» zuzustimmen. Die Versammlung folgte jedoch den Überlegungen von Jakob Zinsstag. Zu viele Widersprüche, insbesondere der Umstand, dass gemäss Urteil des Bundesgerichts nur der Staat für Verstösse gegen Grundrechte der Primaten belangt werden könnte, führten dazu, dass die Mitglieder einstimmig die **NEIN-Parole** fassten.

Bereits im Vorfeld der Versammlung hatte der Kantonalvorstand der EVP Basel-Stadt die **NEIN-Parole** zur Volksinitiative «**Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt**» beschlossen. Die Initiative lässt keinerlei Güterabwägung mehr zu. Ein Ja würde wegen des radikalen Einfuhrverbots zu gefährlichen Versorgungsproblemen bei medizinischen Gütern führen.

Ebenfalls die **NEIN-Parole** fasste die Mitgliederversammlung zum **Bundesgesetz über die Stempelabgaben**. Luca Urgese (Grossrat FDP) vertrat die Befürworter, die Gegnersicht wurde durch Beat Fischer, alt Grossrat EVP vertreten. Zu Diskussionen Anlass gab insbesondere die Frage, ob primär KMUs oder eher grössere Unternehmen von der teilweisen Abschaffung der Stempelabgabe profitieren würden. Der Finanzsektor ist bereits von der Mehrwertsteuer befreit und die Unternehmen profitierten in den letzten Jahren von verschiedenen steuerlichen Erleichterungen (z.B. USTR I und II). Eine weitere Entlastung bei entsprechenden Mindereinnahmen für den Staat schien der Versammlung daher nicht angebracht.

Mit grossem Mehr fiel die **JA-Parole** zum Bundesgesetz über ein **Massnahmenpaket zugunsten der Medien**. In Zeiten von Fake-News, Desinformation und wegbrechenden Einnahmen ist es richtig, die Medienförderung auszubauen. Dies trägt zum Erhalt der Medienvielfalt und des Qualitätsjournalismus bei und fördert die digitale Transformation der Medien. Peter Jossi (SP) konnte überzeugend darlegen, wie das Bundesgesetz dazu beiträgt, die Medienvielfalt zu erhalten und so die vierte Gewalt in unserer Demokratie zu stärken. Die durch Laetitia Block (Junge SVP) dargelegten Befürchtungen, Medien würden so zu stark vom Staat abhängig, überzeugten die meisten Mitglieder nicht.

Der Kantonalvorstand der EVP hat die **JA-Parole** zur Volksinitiative «**Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)**» gefasst. Die EVP setzt sich schon lange kantonal wie auch eidgenössisch für griffige Massnahmen im Bereich der Tabakprävention bei Jugendlichen ein. Darum muss entschieden gegen Werbung vorgegangen werden, die gezielt Jugendliche bereits im jungen Alter vom Nikotin abhängig macht.

EVP Basel-Stadt

14.12.2021 / 2961 Zeichen

Ansprechperson:
Brigitte Gysin
www.evp-bs.ch

Tel. 077 417 41 02
brigitte.gysin@evp-bs.ch